

So protestiert...

...der Japaner



...der Freiburger



...der Österreicher



Editorial

Liebe Leute,

überall auf der Welt wird demonstriert und nicht zuletzt bei uns in der Redaktion. Der Zaubertrick lautete: Aus sechzehn mach zwölf und wieder zurück. Nachdem wir aufgrund einer technischen Panne den dreiseitigen Artikel unseres Korrespondenten Pirmin (S. 6) nicht erhalten haben, durften wir munter anderen Leuten ins Handwerk pfuschen, um das Heft auf zwölf Seiten zu raffen. Doch o Wunder! Doch das Schicksal hat eine debile Art von Humor: Kurz bevor wir das Heft zur Druckerei schicken wollten,



erhielten wir den verfluchten Artikel doch noch. Doch nun hieß es: Wir müssen noch eine halbe Seite füllen. Was eine Redaktion in diesem Falle ausheckt, seht ihr auf Seite neun. Doch nicht nur Pirmin schreibt aus dem Ausland, auch Anne kann uns endlich aus dem Lande der Wa(h)l-Rätsel berichten (S. 3). Angerei-

chert wird unser hochpolitisches Jubiläumsheft durch jede Menge Bildungsstreik (S. 4), viel Vollversammlung (S. 10) und einem Schuss Hochschulpolitik (fast der gesamte Rest) Und wer sich jetzt noch fragt, warum die Redaktion selbst so wenig schreibt, erhält unten in der Glosse die Antwort: Wir waren allesamt auf einer Ersthütte, wo wir gleich die Gelegenheit beim Schopfe packten, ein neues Redaktionsmitglied zu rekrutieren.

Viel Spaß beim Schmöckern wünscht euch

Uwe

Inhalt #800

Thema

- Protestieren in Japan** **S. 3**
- Bildungsstreik Vol.2** **S. 4**
- Protestieren in Österreich** **S. 6**
- Vollversammlung** **S. 10**

Kultur

- Monumente an der Uni** **S. 9**

HoPo

- FAZ-Lounge** **S. 11**
- Bologna in Stuttgart** **S. 12**
- Mundtot** **S. 13**
- Lehramtsreform** **S. 14**

we are u

- Service und Termine** **S. 15**

- stud.live** **S. 16**

Warum geschlechtsneutral?
 Der u-asta tritt ausdrücklich für die konsequente Verwendung geschlechtsneutraler Formulierungen ein (z.B. das „große I“). Wir sehen dies als unverzichtbares, wenn auch nicht hinreichendes Mittel, um die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Gesellschaft zu erreichen. AutorInnen, die von einer entsprechenden Schreibweise abweichen, sind dafür ausschließlich selbst verantwortlich.

Hüttengeflüster

So! Zurück. Mehr schlecht, als recht, aber wohlauf. Ich meine natürlich zurück von der Ersti-Hütte der Fachschaft Geschichte und da ja bekanntlich die Historiker den u-boten besetzt halten, ist die Redaktion plus engagiertem Ersti-Neuzugang in einem eher schläfrigen Zustand am Sonntagabend beim layouten. Nach einem ziemlich unbefriedigenden schnellen Abendessen eines bekannten Freiburger Asia Fast-Food Restaurants geht es also an die Arbeit – die Autorin muss natürlich jetzt erst noch ihre Glosse schreiben, hat ja irgendwie schon Tradition – während der Rest der Hüttenteilnehmer entweder die Folgen von zu großem Durst in wohlverdienten Schlaf umwandelt oder schweinegrippeähnliche Symptome auslebt, u.a. aufgrund der virenfreundlichen Umgebung eines klassischen Hüttenwochenendes. Hü oder Hott, den meisten Teilnehmern hat es auf jeden Fall Spaß gemacht und uns auch! Nu denn, Prost!

St. Barbara

Japanische Problemlösung

Über den Weg des größten Konsenses

Es gibt keine verfasste Studierendenschaft in Japan. Trotzdem aber eine Studentenvertretung, die es meistens schafft, die Interessen der Universität denen der Studenten anzupassen. Dabei ist die einzige Grundlage ihrer Kompetenzen ein semi-offizieller Vertrag, der lediglich festhält, dass es eine Studentenvertretung geben darf. Wie diese ihre Interessen wahrnimmt, ist nicht sehr kompliziert: Hochschulpolitik beruht in Japan auf dem Vertrauen und auch der Opferbereitschaft von sowohl den Studenten als auch der Unileitung.

In Japan löst man Probleme anders. Anstatt den geringsten Widerstand zu suchen, wählt man hier den Weg des größten Konsenses. Das mag oberflächlich betrachtet ähnlich klingen, ist tatsächlich jedoch ein großer Unterschied zur europäischen Auffassung. Wenn eine neue Regelung der Universitätsleitung bezüglich Gebühren oder Studieninhalten nicht den Willen der Studenten widerspiegelt, sucht man die Lösung des Problems erstmal bei sich selbst. Das bedeutet, dass jeder Student zunächst versuchen wird, sich an die neue Regelung anzupassen. Das kann so weit gehen, dass das ganze Leben oder der eigene Studienplan umgeworfen werden, da man ja nun die neue Regelung beachten muss. In manchen Fällen führt das bis zum totalen Erschöpfungszustand einiger Studenten, aber solange es nun mal irgendwie machbar ist, gibt es keinen Grund sich zu beschweren. Der Service,

den die Uni ihren Studenten als Gegenleistung bietet, besteht in einer relativ günstigen ärztlichen und psychologischen Betreuung auf dem Campus.

Dieser Prozess wird solange fortgeführt, bis der Punkt erreicht ist, an dem es schlicht nicht mehr möglich ist, die Regelung umzusetzen. Nur wenn es einem durch eine neue Regelung vollkommen unmöglich ist zu studieren, wenden sich japanische Studenten an die Studentenvertretung ihrer Fakultät. Dieser oft sehr lang andauernde Prozess erscheint auf den ersten Blick ziemlich ineffektiv. Eine genauere Betrachtung zeigt jedoch, dass es sich umgekehrt verhält und fördert die versteckte Effektivität zu Tage: Da in der Hochschulpolitik, wie in ganz Japan, der Fokus auf Konfliktvermeidung liegt, kann sich die Unileitung in Japan sicher sein, dass sie es mit einem ernstem Problem zu tun hat, welches eine umgehende Lösung erfordert, wenn sich die Studentenvertretung an sie wendet. Das führt dazu, dass die Reaktionen der Universitäten bei wichtigen Beschwerden überraschend schnell sind. Zwar kann, wie überall, die Umsetzung einer Änderung dauern. In Japan werden aber prinzipiell sofort Arbeitsgruppen eingerichtet, die mit durch die Studentenvertretung gewählten Studenten so schnell wie nur irgendwie möglich eine Lösung suchen.

Der größte Schwachpunkt dieses Systems der Problemlösung an japanischen Universitäten ist jedoch die inoffizielle, im

Verborgenen wirkende Struktur. Wenn die Universität trotz all des Vertrauens das Gefühl hat, dass die Studenten sich noch weiter verbiegen könnten oder sie schlichtweg nicht willens ist, etwas an einem gewissen Punkt zu verändern, ist sie zu nichts verpflichtet. In den Studentenunruhen in den späten 1960ern wurde lediglich durchgesetzt, dass die Universitätsleitung die Beschwerden anhören muss. Alles andere ist so offen formuliert, dass keine Verpflichtung daraus resultieren kann. Diese Situation kommt zwar nicht häufig vor, ist jedoch nicht unmöglich. Dazu kommt, dass die meisten Universitäten in Japan privat sind und dadurch auch über ganz andere Druckmittel verfügen. Wenn man wegen einer bestimmten Regelung oder zu hohen Gebühren nicht an einer bestimmten Universität studieren kann, steht es ja jedem frei an eine andere Hochschule zu wechseln. Diese Einstellung wird in Japan von dem gewählten Komitee aller Studierendenschaften Japans kritisiert. Dies als Anlass für Proteste zu nehmen ist jedoch nicht der japanische Weg.

Solche großen Konflikte sind sehr exotisch. Die Studierendenschaften in Japan genießen allgemein ein hohes Ansehen bei den Studenten. Ihre Arbeit wird insgesamt positiv gesehen und besteht vor allem darin, durch regelmäßigen Kontakt mit der Unileitung Probleme zu vermeiden, bevor sie entstehen. Falls doch etwas schief laufen sollte, tritt die Studierendenschaft erfolgreich als Vermittlerin zwischen Uniführung und Studentenschaft auf. Dieses System funktioniert aber eben nur, da sich die Universitätsleitung auch auf Konfliktvermeidung konzentriert und deshalb meistens schon vor einer wichtigen Entscheidung die Meinung der Studierendenschaft einholt und großen Wert auf effektive Zusammenarbeit setzt. Trotz Privatisierung werden die Studierenden immer noch eher als Teil der Universität denn als Kunden gesehen.

Anne Bickel



Keine Bahnhofshalle, sondern die Universität Kyoto

Bildungsstreik die Zweite

Über die Thesen zur Hochschulreform

Auf der letzten Vollversammlung lernten wir „7 Thesen“ zur Hochschulreform von unserem Prorektor für Studium und Lehre Heiner Schanz kennen. Thesen ist hier im Sinne von „Behauptungen der Wahrheit“ zu verstehen, und solche Behauptungen sind es auch, die ganz offensichtlich unsere jetzige Bildungspolitik steuern. Aber wozu braucht man denn solche Thesen, wieso bedient man sich nicht direkt der Argumente, die dahinter stecken? Ich will versuchen eine Antwort darauf zu geben, wobei ich einige weitere interessante Fragen streifen werde, wie zum Beispiel: Wo haben solche Thesen eigentlich ihren Ursprung?, Welche politischen Entscheidungen werden aufgrund dieser Thesen getroffen? und: Warum platzt vielen Menschen - nicht nur in Österreich - zur Zeit in dieser Diskussion endgültig der Kragen (Stichwort: „Bildungsstreik“)?

Die „7 Thesen“ von Herrn Schanz beinhalteten im wesentlichen folgende „Wahrheiten“:

1. Studiengebühren, Sponsoring und Exzellenzinitiative sind die einzigen (und willkommenen) Möglichkeiten für die Unis die Lehre zu verbessern,
2. Die neuen Studiengänge haben - abgesehen von vorübergehenden „Kinderkrankheiten“ in der Umsetzung - nur Vorteile.
3. Studiengebühren gehen nicht an die Substanz (der Lehre)

Termine und Infos

VOLLVERSAMMLUNG: Mo, 16.11. 18:00 Uhr Audimax
 DEMO in Freiburg: Di, 17.11. 10:00 Stadttheater
 DEMO in Stuttgart: Sa, 21.11. 14:30 Hauptbahnhof

www.bildungsstreik-freiburg.de
bildungsstreik-uni@u-asta.de

Diese Thesen kann man mit vielen Zahlen schmücken und durch geschickte Rhetorik verplausibilisieren, aber die Fragen der Studierenden auf der Vollversammlung haben der Argumentationsführung dann doch auf den Zahn gefühlt: Dass zum Beispiel nach einer Studie des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft 75% der Bachelor-Absolventen ihr Studium mit einem Master fortsetzen, mag positive Assoziationen mit der Studiengangreform wecken. Aber dass derselbe Verband sich für eine Übergangsquote von ca. 30% stark macht, zeigt, dass dieser Eindruck nicht lange halten wird. Der Bachelor soll Regelabschluss werden, aber bitte berufsqualifizierend. Der (un?)erwünschte Nebeneffekt ist, dass in vielen Fächern keine Zeit mehr für einen Blick über den Fachwissens-Tellerrand oder gar kritische Gedanken zur eigenen Wissenschaft bleibt. Auch die Exzellenz-Initiative kann man als Gewinner derselben als großen Segen darstellen, wenn man ausblendet, dass die Landesmittel für Hochschulen seit 1997 eingefroren sind, und zwar ohne Rücksicht auf steigende Studierendenzahlen, Inflation oder steigende Energiekosten. Das heißt, die Universitäten müssen mit immer weniger Geld immer mehr finanzieren. Die umgekehrte Perspektive ist, dass wir auf diese Wettbewerbe genauso wie auf weitere Drittmittel, zum Beispiel auf Studiengebühren, angewiesen sind. Das ist allerdings keine höhere Wahrheit, die etwa Studiengebühren legitimiert, sondern das Ergebnis der Baden-Württembergischen Bildungs-

politik! Diese Bildungspolitik fußt übrigens auch auf Thesen, und zwar nicht auf 7 von Herrn Schanz, sondern gleich auf „17 Thesen zur Hochschulreform“ aus dem Jahr 2003 vom Wissenschaftsminister Baden-Württembergs, Peter Frankenberg. Dabei sind die Ursprünge



Das Maskottchen: Das Bildungstreikmonster

der beiden Thesen-Sammlungen gar nicht so weit auseinander. Wer Frankenburgs Thesen liest, stellt fest, dass die Positionen und Argumentationen darin oft komplett vom „Centrum für Hochschulentwicklung“ (CHE) übernommen sind. Diese „gemeinnützige Organisation“ - nicht(?) zu verwechseln mit ihrer Ausgründung „CHE Consult GmbH“ - steht dem Bertelsmann-Konzern nahe und hat die Idee der „entfesselten Hochschule“ als Leitmotiv. Kein Wunder also, dass die

grundlegenden „Wahrheiten“ auf denen unsere Bildungspolitik aufbaut, sehr zu Gunsten eines wirtschaftlich geprägten Bildungsbegriffes sind. Das Ergebnis davon ist zum Beispiel, dass 2005 neben Studiengebühren auch Aufsichtsräte für die Universitäten („Hochschulräte“) als höchstes beschlussfassendes Gremium eingeführt werden, die laut Gesetz mehrheitlich von hochschulexternen Personen (gerne auch aus der Wirtschaft) besetzt sein müssen und die vergleichsmäßig demokratischen Strukturen der selbstverwalteten Hochschule empfindlich einschränken. Vermutlich ist wohl eine These wie die folgende Grundlage solcher Maßnahmen:

Form einer „FAZ-Lounge“, wo per Vertrag nur die FAZ ausliegen darf, rechtfertigen kann. In seinen Thesen findet nicht nur die selbe Verdrehung von Begriffen wie „Freiraum“, „Bildung“ oder „Gerechtigkeit“ statt, wie bei Frankenberg, sondern über den von ihm gern zitierten Stifterverband schlägt er auch eine Brücke zur Thesen-Quelle CHE: „Der Stifterverband eröffnet [...] in Kooperation mit dem CHE eine neue Plattform für Hochschulräte“ heißt es zum Beispiel stolz auf der Website des Verbandes auf der man auch schnell die große Schnittmenge mit der Argumentation des CHE erkennt.

Bevor ich mich jetzt in weiteren Bei-

„ Im Zentrum der Strategie für eine ganzheitliche Hochschulentwicklung muss die Schaffung eines wettbewerblichen Hochschulsystems stehen, das Differenzierung an die Stelle der noch vorherrschenden Gleichheitsfiktion setzt. “

(Dritte der „17 Thesen zur Hochschulreform“ von Wissenschaftsminister Frankenberg)

Leider hat der hier zugrundeliegende Bildungsbegriff nichts mehr mit dem Bildungsideal Humbolds zu tun, was unsere Uni jedoch nicht daran hindert verlauten zu lassen „Humbold würde in Freiburg studieren“. Auch Herr Schanz ist anscheinend der festen Überzeugung, dass man mit Humbolds Ideen die Schaffung von gesponserten „Freiräumen“ in

spielen verliere, möchte ich die weitere Vertiefung in dieses sehr spannende Thema jedem einzelnen von euch überlassen und an dieser Stelle lieber darauf eingehen, wie wir etwas verändern können. Denn diese Politik geschieht gegen den Willen von Studierenden, Schülern, Eltern und Lehrern, Gewerkschaften und einem Großteil der Bevölkerung. So

werden zum Beispiel Studiengebühren vom Großteil der Bevölkerung abgelehnt, und zwar durch alle (ja auch CDU) Parteispektren hindurch. Nachdem im Juni 2009 in Deutschland beim Bildungsstreik über 270000 Menschen genau diese Fehlentwicklungen im Bildungssystem thematisierten (siehe Kasten) ist inzwischen in Österreich den Studierenden endgültig der Kragen geplatzt. Dort sind über die Hälfte der Universitäten besetzt, das heißt in den Räumlichkeiten findet statt des regulären Betriebs eine Debatte über das Bildungssystem und die Organisation zu Protesten statt. Ähnlich wie bei Protesten in Frankreich, wo Professoren, Rektoren, Studierende und Gewerkschaften gemeinsam demonstrieren gehen, erfahren die Protestierenden in Österreich große Solidarität in der Bevölkerung, was auch schon erste Auswirkungen auf die Aussagen der Politiker hat. In Wien demonstrierten vor wenigen Wochen über 50000 Menschen für eine Bildungspolitik, die nicht wirtschaftlich, sondern demokratisch und emanzipatorisch ausgerichtet ist. Auch in Deutschland sind schon einige Universitäten - zum Beispiel Heidelberg - besetzt, und zwar schon vor dem kommenden Stichtag des Bildungsstreiks am 17. November...

Fazit: Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um die falsche Richtung der Bildungspolitik zu ändern, gemeinsam können wir in ganz Deutschland und darüber hinaus klar Position beziehen und Alternativen aufzeigen! Wir brauchen keine Thesen aus dem CHE-Thinktank, wir haben ARGUMENTE!

Jannis Seyfried

Kurzinfo Bildungsstreik

Am 17. Juni 2009 wurde in Deutschland von Schülern und Studierenden zum Protesttag „bundesweiter Bildungsstreik“ aufgerufen. Da die Probleme im Bildungssystem oft ganz unterschiedlich zum Tragen kommen, aber doch gemeinsame Ursachen haben, ist der Bildungsstreik dezentral angelegt: Das bedeutet, dass die örtlichen Bildungsstreik-Bündnisse im Prinzip alle Freiheiten haben, was sie unter diesem Motto veranstalten wollen. Auf den bundesweiten Treffen zum Bildungsstreik wird vor allem Vernetzung betrieben, das heißt gegenseitige Unterstützung durch Austausch von Erfahrungen oder auch Infomaterial. Außerdem werden dort Aufrufe verfasst, wodurch die eigentliche Stärke des Bildungsstreiks zustande kommt, dass nämlich die einzelnen Gruppen an zentralen Terminen öffentlichkeitswirksam aktiv werden. Der nächste Termin ist der 17. November 2009, an dem in Freiburg zum Beispiel eine Demonstration stattfinden wird. Die Forderungen in den bundesweiten Aufrufen sind bewusst recht allgemein gehalten und können von den lokalen Bündnissen konkretisiert werden:

1. selbstbestimmtes Lernen und Leben statt starrem Zeitrahmen, Leistungs- und Konkurrenzdruck
2. freier Bildungszugang und Abschaffung von sämtlichen Bildungsgebühren wie Studien-, Ausbildungs- und Kitagebühren
3. öffentliche Finanzierung des Bildungssystems ohne Einflussnahme der Wirtschaft u.a. auf Lehrinhalte, Studienstrukturen und Stellenvergabe
4. Demokratisierung und Stärkung der Mit- und Selbstverwaltung in allen Bildungseinrichtungen

„Success für alle – statt Zugangsbeschränkungen“

Studierendenproteste an den österreichischen Hochschulen

„Mir ham a bissl a klaans Problem mit der Finanzierung der Universitäten“, sagt der Fiaker-Kutscher im Vorbeifahren den beeindruckten Touristen, die am besetzten Hauptgebäude der Universität Wien vorbeigefahren werden.

Die Hauptuniversität von Wien, an der bereits spätere Größen wie Sigmund Freud, Thomáš Garrigue Masaryk oder Bruno Kreisky mit universitärem, allumfassenden Wissen ihren Horizont erweitern konnten, ist im Bildungstreik.

Bunte Banner hängen aus den Fenstern, überall sind Plakate und Aufkleber zu finden, auf denen „Gegen Studiengebühren“, „Bist Du eine Nr. oder Mensch?“ und „Reflektieren statt produzieren!“ zu lesen ist. Auch gegen den Bologna-Prozess und das Bachelor/Master-System wird protestiert, für bessere Bildung, mehr Lehrende und mehr Lehrangebote, für freien Zugang für alle an die Unis und das ohne Studiengebühren.

Was an Universitäten in Deutschland schon seit Jahren an den Universitäten existiert: Eingangsprüfungen, Numerus Clausus-Zulassungen, Studieninterviews und Studiengebühren, dagegen gehen die Studierenden in Wien und mittlerweile an allen Universitäten in Österreich auf die Straße.

Zum Hintergrund

Die letzten Bildungsstreiks fanden in den 1990ern und 2002 statt. Als ein neues Universitätsorganisationsgesetz beschlossen wurde, das der Startschuss für einen Eingriff in das Bildungssystem mit Beschneidung der studentischen Mitspracherechte und einem massivem Sparpaket sein sollte, kam es 1996 zu landesweiten Protesten und einer Großdemonstration mit 40.000 Teilnehmern. Mit der Einführung von Studiengebühren zum akademischen Jahr 2000/2001 unter der schwarz-blauen Regierung Schüssel (ÖVP) und Haider (FPÖ) gab es die letzten Studentenproteste in Österreich.

Im Jahr 2008 wurden mit einer Gesetzesinitiative von SPÖ, FPÖ und Grünen Ausnahmeregelungen von den weiterhin gültigen Studiengebühren vorgenommen, die insbesondere alle Studierenden in der Regelstudienzeit plus zwei Semester von den pro Semester zu zahlenden 363,36 € (5000 Österreichische Schilling) befreit. Das gilt für alle Studierenden, die eine österreichische Staatsbürgerschaft haben oder deren Land Mitglied im EWR ist. Für viele osteuropäische Studierende oder solche aus „Schwellenländern“ (nur „Entwicklungshilfe-Studierende“ bekommen die Gebühren ebenfalls erstattet) bedeutet das die volle Summe an Studiengebühren.

Insbesondere in den letzten Jahren, seit der Einführung von Studiengebühren in den deutschen Nachbar-Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern, hat die Zahl der deutschen „Bildungs-Flüchtlinge“ enorm zugenommen, sodass beispielsweise an der Universität Innsbruck im Fach Publizistik mittlerweile 70% Ersteinschreibende Deutsche sind. Dadurch fühlen sich manche österreichische Studierende

ins Abseits gedrängt, Ressentiments gegen die „Piefkes“ kommen auf, die die Universitäten verstopfen. Der Zustand an den Universitäten in Österreich selbst wird weitgehend nicht bemängelt, große Geldmittel wurden seit 2006 von der neuen SPÖ/ÖVP-Regierung an die Universitäten und Hochschulen etwa für die Sanierung von Hörsälen und Bibliotheken gegeben. Jedoch in puncto Betreuungsverhältnis Lehrende/Studierende, Ausgaben für Bildung gemessen am BiP oder auch am Akademiker-Anteil an der Gesamtbevölkerung gibt es in Österreich große Probleme. Insbesondere das krasse Missverhältnis zwischen den Aussagen der Regierung („Mehr Studierende an die Unis!“ „Mehr Geld bereitgestellt für die Hochschulen!“) und den alltäglichen Erfahrungen an den Hochschulen (überfüllte Hörsäle, überforderte Lehrende und Studierende), zusammen mit den immer wieder schwelenden Befürchtungen vor Wiedereinführung der allgemeinen Studiengebühren, haben unter den Studierenden große Frustration und Unverständnis gegenüber der Bildungspolitik entstehen lassen.

Österreich hat mit seinen 21 Universitäten bei 8,3 Millionen Einwohnern zwar eine hohe Dichte an Hochschulen, bleibt aber im OECD-Durchschnitt beim Akademiker-Anteil an der Bevölkerung weit unter dem Durchschnitt von 27% (2007): mit 18% ist das Land noch weit hinter Deutschland (24%) abgeschlagen, auch wenn der durchschnittliche jährliche Anstieg bei den Hochschulabschlüssen bei 3,2% liegt. Die Studierendenproteste richten sich auch gegen die schlechten Betreuungsverhältnisse. Die Wirtschaftsuniversität Wien (WU) ist mit einem durchschnittlichen Verhältnis von 300 Studierenden auf eine/n Professor/in Schlusslicht, gefolgt von der Hauptuni Wien mit 189 Studierenden auf eine Lehrkraft.



Die Proteste

Am 20. Oktober wurde von Studierenden die Akademie der Bildenden Künste in Wien besetzt. Eine sich darauf beziehende Solidaritätskundgebung von Universitätsstudierenden am 22. Oktober führte zu einer spontanen Besetzung des Audimax im Hauptgebäude der Universität. Zunächst noch bedrängt von einem Aufgebot der Polizei, machte der Rektor von seinem Hausrecht nicht Gebrauch und akzeptierte die Besetzung, ohne mit Gewalt das Gebäude räumen zu lassen. Seitdem hat sich ein buntes Konglomerat von Menschen mit unterschiedlichsten Interessen gebildet, die an den Zuständen an den österreichischen Hochschulen etwas ändern wollen. Das Audimax ist bis in den Abend hinein reserviert für Diskussionen, Vorträge, Filme und das tägliche basisdemokratische Plenum, das als höchstes beschließendes Gremium allgemein anerkannt ist. Es gibt eine Tagesleitung, die auch das Plenum vorbereitet, eine Gesamtorganisation mit Strukturen im Hintergrund gibt es nicht.

Die gesamte Organisation des Studentestreiks funktioniert aus sich selbst heraus, wie die Studierenden am Info-Point immer wieder versichern: die Österreichische Hochschülerinnen und Hochschülerchaft (ÖH), die die offizielle

Studierendenvertretung an der Uni und auch auf Bundesebene darstellt, nimmt zwar auch teil am Streik; Organisator des Streiks ist sie allerdings nicht. Entstanden aus der spontanen Besetzung sind neben der Volkküche und der Presse-Gruppe über 40 Arbeitsgruppen, die sich intensiv mit der hochschulpolitischen Lage auseinandersetzen, diskutieren und Forderungen (siehe Infokasten) an die Politiker aufstellen.

Diese Forderungen haben Vertreter der ÖH dann auch in einem Treffen mit dem konservativen Wissenschaftsminister Hahn (ÖVP) besprochen. Das Ergebnis war zunächst keines, der Minister bezeichnete es als „Meinungsaustausch“. Gleichzeitig ließ der Minister wissen, dass er in drei Schritten eine Verbesserung an den Universitäten in Österreich durchführen wolle. Durch kurzfristig eingeführte Zugangsbeschränkungen in besonders überfüllten Fächern, durch „faire“ Studienbeiträge und mit verstärkter Studienberatung an Schulen, damit Studienanfänger/innen besser informiert seien. Dies lehnten nicht nur die Protestierenden als „schlechten Witz“ ab. Der Präsident der Uni-Rektorenkonferenz (Uniko), WU-Rektor Badelt, bemängelte, dass die massive Unterfinanzierung der Universitäten das Problem sei und Zugangsbeschränkungen in Massenfächern

grundsätzlich keine Änderungen bringen würden. Ähnlich sieht das auch der Vize der Uniko, Bast, der Rektor der Universität für angewandte Kunst in Wien, und fügt hinzu, dass nicht der Maturadurchschnitt oder ein Multiple Choice-Test für ein Studium als Kriterium gelten solle. Optimal sei eine schriftliche Bewerbung und ein individuelles Interview mit Eignungsprüfung. Im Übrigen sei hier Österreich weit hinter Standards wie in England oder den USA hinterher.

Wissenschaftsminister Hahn hat nun ein Problem. Oder auch nicht. Natürlich ist es für ihn unangenehm, wenn am 26.10., dem Nationalfeiertag, am Tag der offenen Tür im Wissenschaftsministerium 70 Studierende gackernd wie Hühner einen Flashmob veranstalten, sicherlich ist es für ihn unschön, wenn skandiert wird bei Demonstrationen „Hahn abdrehen“. Aber es muss Minister Hahn auch nicht wirklich in Aufregung versetzen: seine Versetzung nach Brüssel als österreichischer Kommissar ist beschlossene Sache seit dem 27.10. Somit ist er seine Streiksorgen und auch die Zustände an den Hochschulen los. Was dann in den letzten Tagen folgte, mutet skurril an: während Studierende immer zahlreicher



in Österreich ihre Forderungen bei Demonstrationen mit mehreren zehntausend Teilnehmern kundtaten, und sich ganze Parteien, Gewerkschaftsverbände, sogar Landtage mit den Streikenden solidarisierten, schoben sich die Bundespolitiker den Schwarzen Peter gegenseitig zu. Zuerst wollte Minister Hahn mit den „unkoordinierten Massen ohne Ansprechpartner“ nicht verhandeln, dann forderte Bundeskanzler Faymann (SPÖ) mit einem Machtwort den Wissenschaftsminister zu Verhandlungen auf und erklärte sich selbst für nicht zuständig. Das „Gespräch“ zwischen Hahn und der ÖH-Vertretung brachte kein Ergebnis, was wiederum den Bundeskanzler erzürnte. Da es in Österreich keine starke Richtlinienkompetenz des Regierungschefs gibt, konnte der Wissenschaftsminister auch genüsslich kontern: die Sozialdemokratie mit ihrer verfehlten Bildungspolitik sei Schuld an der Misere, schließlich gäbe es deswegen auch keine Studiengebühren und die Finanzierung der Universitäten sei so schlecht. Im Übrigen sei das Finanzministerium für die Geldnot der Universitäten verantwortlich,

als Wissenschaftsminister könne Hahn kurzfristig nur 34 € Soforthilfe aus einem Sonderfonds holen. Das wiederum wollte Finanzminister und Vizekanzler Pröll (ÖVP) nicht zulassen und kritisierte, dass diese Gelder für „akute Schäden“ als Notfallreserve für die Unis vorgesehen seien. In der Zwischenzeit hat sich sogar Bundespräsident Heinz Fischer zu Wort gemeldet und forderte alle Beteiligten auf, sich konstruktiv und rasch an der Lösung des Problems zu beteiligen.

Bevor am 25. November bei einem allgemein gehaltenen „Bildungsgipfel“ im Wissenschaftsministerium kurz vor seinem Abschied der Minister nochmals alle Argumente für und gegen die Forderungen der Studierenden besprochen wird, verkündeten Anfang November Bundeskanzler Faymann und sein Vizekanzler Pröll, dass es nun dringend Aufnahmetests in überfüllten Fächern geben müsse. In der Frage einer besseren Finanzierung sind sich alle Seiten uneinig. Sicher bleibt: dass in Österreich Milliarden für Eurofighter und Bankenrettung ausgegeben werden, und für die Verbesserung von Bildung

und Wissenschaft nur wenige Millionen, gefällt einem großen Teil der Bevölkerung nicht: Der Protest finden großen Zuspruch in der Gesellschaft. Und bis auf wenige Ausnahmen des Boulevards berichten selbst eher reißerisch aufgemachte Tageszeitungen in neutralem bis positivem Ton von den Protesten. Sicher liegt diese positive Aufnahme der Proteste an der tatsächlichen Unterfinanzierung der Hochschulen und den sichtbaren Zuständen in den Hörsälen. Bemerkenswert ist aber auch die Friedfertigkeit, die beim Studierendenstreik allenthalben anzutreffen ist. Die Polizei hielt sich

am bundesweiten Aktionstag am 5. November bei der Großdemonstration in Wien mit mehreren zehntausend Studierenden im Hintergrund, und die Studierenden protestieren friedlich mit Sit-ins, Handzetteln in Fußgängerzonen, sie putzen das Audimax und sorgen für Ordnung bei den Plenen. Es sind eben keine marodierenden Massen, sondern Studierende, die den Zustand an den Hochschulen unerträglich finden und die zunehmend enttäuscht sind von einer Politik, die ihnen zwar exzellente Bildung verspricht, aber letztlich ein schlecht finanziertes Bachelor-Massenstudium anbietet, mit einer ungewissen Zukunft auf einen Masterstudienplatz. Deswegen gehen sie in Österreich auch auf die Straßen, um zu zeigen, dass es so nicht weiter gehen kann.

Zukunftsansichten

Ein Ende des Bildungsstreiks ist nicht abzusehen. Internationale Solidaritätserklärungen, Berichte über Proteste in Deutschland werden gefeiert, und die Studierenden richten sich auf eine längere Zeit im Audimax ein: „Wir bleiben länger als Faymann“, sagte eine Studentin. Sicher ist: es hat in kürzester Zeit in Österreich eine allgemeine Diskussion begonnen, wie im Land Bildung aussehen soll, in welchen Strukturen, unter welchen Bedingungen und mit welchen Abschlüssen. Es wird intensiv gesprochen über die Frage, wie viel ein Staat an Bildung, Ausbildung und Wissenschaft leisten soll und kann. Die Proteste sind zu einem Leuchtfeuer unter dem Motto „Die Uni brennt“ geworden, das auch in Kindergärten und in der Angestellten- und Arbeiterschaft ankommt. Anders als in Deutschland in den letzten Jahren gibt es einen breiten Diskurs, der tatsächlich zu Änderungen der Bildungslandschaft in Österreich führen könnte.

So ist die Besetzung des Audimax eine Initialzündung gewesen, wie sie Österreich schon lange nicht mehr erlebt hat. Die Hauptuni Wien ist besetzt. Allerdings nicht ganz. Eine Besetzung des Rektorats wie in Freiburg beim Studentenstreik 2005 ist hier ohne schweres Gerät jedoch nicht möglich: nach den Protesten 2001 wurde eine massives Stahlgitter angebracht, um den Rektor vor unliebsamem Besuch zu schützen.

Pirmin Hauck

Die Forderungen der Studierenden in Österreich

- Bessere Finanzierung der Universitäten und Hochschulen
- Freie Masterzugänge
- Abschaffung der Studiengebühren für alle Studierenden an allen staatlichen Lehrinrichtungen
- Prinzipiell keine Zulassungsbeschränkungen
- Re-Demokratisierung und Stärkung der Mit- und Selbstverwaltung in allen Bildungseinrichtungen
- Unabhängigkeit der Forschung und Lehre von Politik und Wirtschaft
- Frauenquoten an allen Bildungseinrichtungen
- Mehr Studienplätze
- Flexible und selbstbestimmte Studienplätze
- Keine verpflichtende STEP (Studieneingangsprüfungen)
- Abschaffung der Erweiterungscurricula
- Abschaffung der prekären Dienstverhältnisse für Lehrende, Angestellte und ArbeiterInnen

Aktuelle Informationen mit Live-Stream aus dem Audimax in Wien:
<http://unsereuni.at/>

Was guckst du?!

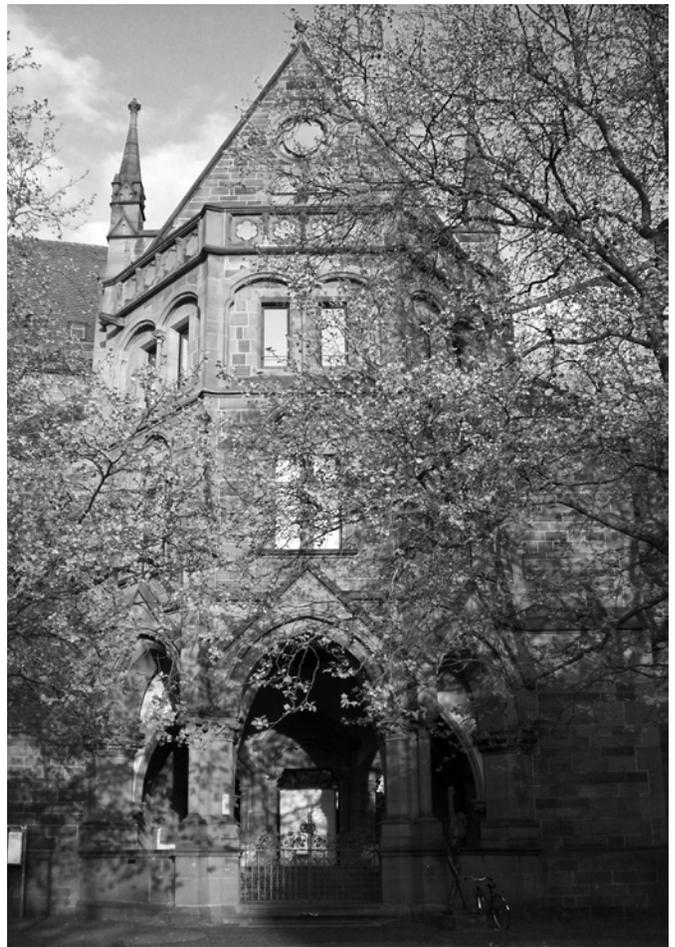
Der Eingang des KG IV wird strengstens bewacht

Diese Frage scheint der Türgriff „Eule“ des KG IV an alle seine zahlreichen Besucher zu stellen, wenn er sie mit großen Eulenaugen anzuschauen scheint. Der Entwurf des Architekten Franz Gutmann zielt seit 1957 den Eingang zum Kollegiengebäude, dieses selbst steht allerdings schon wesentlich länger an seinem heutigen Platz. Ursprünglich als Universitätsbibliothek errichtet, sollte es mehr Platz für den immer größer werdenden Bücherbestand der Universität liefern, der sich durch die durch die Säkularisierung von 1803 und die damit verbundene Auflösung von Klosterbibliotheken rasch vergrößerte. Der Architekt Carl Schäfer machte es sich schließlich 1895 zur Aufgabe, nach bereits bestehenden Entwürfen der Großherzoglichen Bezirksbauinspektion Freiburg die neue Universitätsbibliothek zu errichten.

Diese orientierte sich an bereits bestehenden Bauten, wie beispielsweise der Universitätsbibliothek des benachbarten Basels. Nach der Idee einer modernen Bibliothek sollten Magazin einerseits und Benutzung und Verwaltung andererseits klar voneinander getrennt sein. Der Osten des fächerförmigen Grundriss wurde als Magazintrakt ausgebaut, der Westen als Benutzungs- und Verwaltungsbereich um einen Innenhof gruppiert. Schäfer nahm jedoch Änderungen an den bereits bestehenden Entwürfen vor und orientierte sich bei den Fassadenentwürfen

an neogotischen Ausführungen. Ein Tribut an die Mittelalterbegeisterung des 19. Jahrhunderts, die sich auch an anderen Stellen der Stadt in neogotischen Akzenten finden lässt. Die bildhauerische Schmückung des Gebäudes überließ Schäfer dem Bildhauer Josef Worzel aus Karlsruhe. Durch dessen Detailverliebtheit kam der Bau allerdings 1901 ins Stocken und konnte letztendlich 1903 beendet werden

Im Zuge des 2. Weltkrieges wurde die Südfront des Gebäudes völlig zerstört. Als Kontrast zur historischen Architektur setzten Walter Müller und Günther Hornschuh einen kastenartigen Einbau aus Sichtbeton und Glas ein, der Innenhof musste wegen der steigenden Besucherzahl in einen weiteren großen Lesesaal umfunktioniert werden. So wurde die



Geschichte des Hauses denkmalhaft sichtbar gemacht und spiegelt die Geschichte der Uni Freiburg durch alte und neue Kontraste anschaulich wider.

Isabelle Luhmann

Lobeslied auf die Hütte

(Nach der Melodie von „Skandal im Speerbezirk“ der Band „Spider Murphy Gang“)

In Wieden steht ein Freudenhaus,
Da gehn die Histos ein und aus,
Debile Scherze, Schabernack,
Machen jeden Ersti platt.
Und draußen vor der großen Tür,
Stehn zwanzig Kästen bestes Bier
Skandal! St. Barbara!
Skandal! St. Barbara!
Skandaaaaaaaal!
Skandal im Schwarzwald

Die Gruppe „Wer zweimal mit Derselben pennt, gehört schon zum Establishment“

So, so! Vergangene Woche war also die standardmäßig einzuberufende Vollversammlung aller StudentInnen, großes Kino am Beginn des Wintersemesters. Für Erst- und höhere Semester ein Ereignis mit Anwesenheitspflicht. Oder zumindest für etwa 500 Mitglieder der größten Statusgruppe der altherwürdigen Albert-Ludwigs-Universität. Dass es dabei ab und an um Streik, Boykott und Abstimmungen geht, dürfte allen klar sein; selbst wenn der Punkt „Besuch einer VV“ auf dem Lebensplan der meisten Anwesenden noch nicht abgehakt gewesen sein sollte. Wie kommt es nun, dass sich der Prorektor für Studium und Lehre, ein großer Mann mit Brille namens Professor Heiner Schanz, auf einer Vollversammlung der Studis blicken lässt und 7 kontroverse Thesen per Power-

rede- und antragsberechtigt. Sie dient dazu, alle Studierenden mit der Arbeit des u-asta bekannt zu machen und sie an dessen Beschlussfassung teilhaben zu lassen. Doch dieses Mal ist die Vorstellung des u-asta zu meinem großen Bedauern ausgefallen. Denn schließlich sollen die Erstis sehen, was der u-asta so treibt. Welche Arbeitskreise und Referate arbeiten, welche Themen gerade relevant sind und an wen sie sich bei Auto- und Fahrradmangel wenden können. Aufgrund der Einladung Schanz' wurde die Vorstellung nach hinten verschoben und fiel aufgrund von Zeitmangel leider aus. Aber zum Glück gibt es ja am 16.11.2009 um 18 Uhr im Audimax noch eine Vollversammlung! Aber nein, jetzt greife ich schon wieder vor. Noch mal von Anfang an:

Bachelor/Master-Studiengänge toll sind, ebenso die frisch gewonnene Auszeichnung „Exzellente Lehre“ und Drittmittel allemal. Diese Ansicht teilten viele Studierende nicht, wie in der anschließenden Diskussion deutlich wurde. Prof. Schanz gegenüber wurde bemängelt, dass der Ausfall von Studiengebühren sehr wohl dem Bereich Studium und Lehre zum Nachteil gereiche – eben doch an die „Substanz“ gehe. Ein weiterer Vorwurf, der von vielen Studis erhoben wurde, lautete, dass das Rektorat unter Schiewer den KundInnen Studierenden nur verbal in manchen Punkten recht gebe, dem aber keine Taten folgen würden. Aber ich würde einseitig berichten, würde ich nicht auch auf die Übereinstimmungen in den sonst divergierenden Meinungen eingehen: Alle wollen mehr Geld für die

Bildungsstreik – Österreich –

point – mit schickem neuen Corporate Design! – an die Wand knallt? Hierzu erstmal die wichtigsten Attribute einer Vollversammlung:

Vollversammlung? Verboten!

Die Vollversammlung (VV), einberufen vom AStA, ist im Landeshochschulgesetz (LHG) explizit verboten. Soweit hört sich das ja ganz interessant an! Die Vollversammlung aller Studierenden wird deshalb vom u-asta organisiert, der formal kein Teil der Universität ist. Laut dessen eigener Satzung ist sie mindestens einmal im Semester einzuberufen. Sie ist das allerhöchste beschlussfassende Organ der unabhängigen Studierenden-schaft. JedeR Studierende ist stimm-

Oder: Die Vollversammlung vom 4.11.

Vollversammlungen sind verboten. So. Laut Gesetz. Und der AStA arbeitet nur zu Sport, Kultur und Musik. Laut Gesetz. Es ist aber offensichtlich, dass es umschifft wird. Eben vom u-asta – unabhängig vom Gesetz. Und der Prorektor für Studium und Lehre folgt der Einladung von u-asta Vorstand und FSK (Fachschaftenkonferenz) und berichtet aus seiner Sicht, was es mit Lehre, Studium, Ausfall von Studiengebühren und der Bachelor-Umsetzung auf sich hat. Vor seiner Ankunft schrieben die TeilnehmerInnen der VV auf viele Plakate, welche Dinge an der Uni ihnen gewaltig gegen den Strich gehen. Auch wurde das Bild einer düsteren Zukunft von Aldimax und Nestle Mensa gezeichnet. Dass dies realistischer anmutet als Filme von Roland Emmerich, zeigt deutlich die neue FAZ-Lounge, bisher – und im Untertitel auch jetzt noch – als Café Senkrecht bekannt. Aus Sicht von Heinrich Schanz jedoch (per Google auf der Homepage der Uni zu finden, vielleicht auch dort direkt in der Themenwolke) ist eigentlich alles ziemlich gut. Dies hat er an seinen 7 Thesen (7 Zwerge, 7 Berge, 7 eben!) deutlich zu machen versucht. Sie alle einzeln aufzuzählen ist an dieser Stelle nicht von Belang. Wichtig war ihm zu sagen, dass Studiengebühren toll sind, dass die

Hochschule! Die Studis, das Rektorat! Viel mehr Geld sogar! Heißt es nun also: Gemeinsam mit dem Rektorat gegen das Land? Stehen bald Schiewer und Schindler gemeinsam in der VoKü bei der Besetzung des Bildungsministeriums? Wohl leider eher nicht, denn Schanz' Vorstellungen in Bezug auf Drittmittel und FAZ-Lounge – wie eben Geld ran gekarrt werden soll und von wem – stehen denen des u-asta entgegen. Aber zunächst warte ich die nächste VV ab – und sehe in meiner Phantasie den Prorektor, mit beiden Händen in der Luft, die Phrase rufend: „Ich stelle einen Geschäftsordnungsantrag!“ Er war sehr interessiert an den basisdemokratischen Abläufen der Studierendenvertretung. Neues und Unbekanntes erstaunt eben immer wieder.

Nach dem Tagesordnungspunkt „Diskussion mit Prorektor Schanz“ wurde das Thema „Bildungsstreik“ vorgestellt und die aktuellen Ereignisse in Österreich dargestellt. Hochschulen in Österreich (www.unsereuni.at) besetzen derzeit ihre Auditorien und gefolgt sind auch deutsche Hochschulen, u.a. in Heidelberg, Münster und Potsdam. Die desolaten Bedingungen an den österreichischen Hochschulen führten zu Besetzungen

VV – Teil 2

**16. November,
18 Uhr,
Audimax**

Themen:

- **Bildungsstreik in Österreich**
- **Studiengebühren**
- **BA/MA**
- **Stipendien und BAFÖG**
- **Verfasst Studierendenschaft**

und Demonstrationen mit mehreren zehntausend TeilnehmerInnen. Der u-asta hatte kurz nach Beginn der Besetzung der Uni Wien seine Solidarität mit der ÖH (Österreichische HochschülerInnenschaft) bekundet.

Aufgrund der bis zu diesem Tagesordnungspunkt schon weit fortgeschrittenen Zeit war die Beschlussfähigkeit nicht mehr gegeben, da keine 200 Studis mehr anwesend waren. Eine Resolution zur Unterstützung des Bildungsstreiks wurde mit empfehlendem Charakter angenommen. Allerdings hatte einen Tag vorher die Fachschaftenkonferenz die Unterstützung des Bildungsstreiks und die damit verbundene Demo am 17.11. mit einem „Ja“ abgestimmt. Ebenso wurde eine Resolution zum Wohnheim St. Luitgard

Schanz

– Thesen, Kontroversen, Meinungen

verabschiedet. Dieses Wohnheim ist das einzige in Freiburg, das nur von Frauen bewohnt werden darf. Es soll abgerissen werden, weil eine Immobilienfirma dort etwas „Schickeres“ bauen will – diese Art von Wohnen passt wohl nicht zur Wiehre. Gegen diesen Rauswurf von 100 Studentinnen und den Abbau von Wohnheimsplätzen – die sowieso bereits als Mangelware gelten – erhebt der u-asta seine Stimme und fordert den Erhalt des Wohnheims. Lang lebe Luitgard!

Im Anschluss wurde eine neue Vollversammlung eingefordert. Hierzu sind mindestens 50 Studierende nötig; diese Zahl war leicht erreicht und wurde auch überschritten. Dadurch erklärt sich die oben erwähnte Vollversammlung am 16.11. Damit findet dann auch aller Wahrscheinlichkeit nach irgendwann ab 18:00 Uhr im Audimax die Vorstellung des u-asta statt. Ein großes Thema wird dort natürlich der Bildungsstreik sein. Was wird die Studierendenschaft an Aktionen planen? Was geht auf der Demo am darauf folgenden Tag? Wie sieht es aus mit den SchülerInnen, der PH, der EH und der KFH? Und auch sonst allen, bei denen Bildung ein Thema ist? Wie bereits gesagt: Alle Studis der Universität sind auf der Vollversammlung rede- und

antragsberechtigt, egal ob ihr bei euren Semestern noch mitzählt oder nicht. Und auch wenn die Anwesenheit des Prorektors Schanz auf einer Versammlung der Studis von manchen mit Argwohn und Zweifel betrachtet wurde: Zeigt sie denn nicht, dass das Rektorat den u-asta in manchen Belangen inzwischen durchaus als Ansprechpartner betrachtet? Im Fahnenbergplatz residiert nicht mehr Wolfgang Jäger; das Rektorat hat sich für die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft ausgesprochen. Von Schanz' 7 Thesen hat sich wohl niemand im Raum einlullen und blenden lassen, sondern sein Vortrag schärfte die berechnete und wichtige Kritik der Studierendenschaft an den gegenwärtigen Zuständen an der Albert-Ludwigs-Universität. Ich möchte die Einladung von Prof. Schanz nicht als Legitimation und Unterordnung von Autorität und Hierarchie verstanden wissen, sondern als direkten, kritischen Austausch mit einem Mitglied des Rektorats, das sich mit Dingen be-

schäftigt, die für Studierende elementar sind. Trotz verschiedenen Meinungen, unterschiedlichen sozialen Rollen und der ungleichen Entfernung zum Hebel der Macht glaube ich an das Diskursprinzip: Die Studierendenschaft war bereit mit Prof. Schanz zu diskutieren, wie auch er auf uns zugegangen ist. Wer jetzt aber kurz davor ist, den u-boten wegzupfeffern, der/dem sei gesagt: Der Vorstand des u-asta wird im Auge behalten, was bei Schanz Rhetorik und was ernstes und wirkliches Interesse an der Meinung der Studierenden war. Ein Student auf der Vollversammlung fragte Schanz nach einem gemeinsamen Treffen, einem Runden Tisch, einer Podiumsdiskussion. Mal sehen, was Schanz zu Einladungen zu solcherlei Dingen sagen wird. Eins möchte ich zum Schluss noch ganz klar sagen: Es sind eure Vollversammlungen! Nicht die des u-asta-Vorstands oder des Rektorats – hätten die Anwesenden der Vollversammlung nicht mit Schanz sprechen wollen, hätte er seine 7 Thesen wieder mitnehmen können.

Maggie Jaglo

Pro und Contra FAZ-Lounge

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) hat das Café Senkrecht im Innenhof zwischen KG I, II und III renoviert weshalb dies seit Semesterbeginn FAZ-Lounge heißt. Neben Kaffee trinken und Schokocroissant essen kann man bzw. frau dort in Zukunft auch FAZ lesen.

Ist es gerechtfertigt, Unigebäude nach einem privaten Investor zu benennen, wenn dabei die Idee der Universität nicht verraten wird, wie Prorektor Schanz auf der Vollversammlung meinte? Oder wird dadurch ein Prozess der Privatisierung von öffentlichen Räumen eingeleitet, wie eine Reihe von Kritikern meint? Oder gibt es noch ganz andere Argumente, die für oder gegen die FAZ-Lounge sprechen?

Wir wollen nur deine Meinung

Wir, die Redaktion des u-boten möchten dazu eure Meinung hören. Schickt uns eure Kommentare an presse@u-asta.de, Betreff „FAZ-Lounge“. Einsendeschluss ist Freitag, der 20. November, 23.59 Uhr. Euer Text sollte maximal 1000 Zeichen (inkl. Leerzeichen) enthalten. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen.

Je nachdem wie viele Einsendungen wir erhalten, wird dieses Thema im nächsten Heft 1-2 Seiten einnehmen. Also: Beim Mittagessen mit Freunden und Freundinnen diskutieren, die besten Argumente merken und dann ran an die Tasten und im nächsten u-boten eure Position in dieser Frage vertreten.

Ob ihr für oder gegen die FAZ-Lounge seid, spielt keine Rolle. Wir werden nach Möglichkeit beiden Seiten ähnlich viel Argumentationsraum einräumen. Wir freuen uns über jede Einsendung.

Viel Inspiration und Argumentationsgeschick wünscht euch

Eure Redaktion.

Förderung der Mobilität von Studis und Lehrenden, Kompetenzen entwickelnde Studiengänge, Förderung des lebenslangen Lernens, Befähigung zum zivilgesellschaftlichen Engagement und Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit in allen Studiengängen – der „Bologna-Prozess“ hätte zu einem Symbol für den Aufbruch in eine andere, eine bessere Hochschulwelt mit den Studierenden im Mittelpunkt werden können. Viel mehr als das ist „Bologna“ aber heute ein

in höchsten Maße im Interesse der Studierenden.

Der Bildungsstreik zeigt Wirkung
„Plan B(achelor) 2012 – wie kann Bologna gelingen?“ war der verheißungsvolle Titel unter dem die grüne Landtagsfraktion zu einer öffentlichen Anhörung Studierende und Lehrende nach Stuttgart geladen hatte. Anwesend waren viele während des Bildungsstreiks aktive Studierende aber auch einige ProfessorInnen und

Umsetzung aber nicht zufriedenstellend sei. Woran liegt das? Interessant ist, dass die Hochschuldidaktik in Deutschland erstmals 2006 überhaupt eine Einladung zu einer Bologna-bezogenen Tagung erhielt. Erst heute dämmert immer mehr Menschen, dass Studienreform nicht heißen kann: „Dasselbe wie früher in einer anderen Reihenfolge und kürzer“.

Eine qualitative Reform muss her

Es ist an der Zeit, dass auf die formale Umstellung der Studiengänge nun auch eine qualitative Reform folgt. Eine solche Reform berücksichtigt die Erkenntnisse der Lehr-Lern-Forschung und beginnt mit der Frage: „Zu was sollen die Studierenden dieses

Studienganges nachher fähig sein? Was sollen sie tun können?“ Diese Frage kann nicht von ProfessorInnen alleine beantwortet werden. Wie Andreas Schlüter, Generalsekretär des Stifterverbandes, treffend festhält: Ein partnerschaftlicher Dialog zwischen Dozenten und Studenten ist nicht das Ergebnis guter Lehre: Er ist deren Voraussetzung. Wollen wir also bessere Lehre im Bachelor müssen die Studierenden als Experten ihrer Lernbedürfnisse auf allen Ebenen eingebunden werden, d.h. bei der Entwicklung der Bachelorstudiengänge genauso wie an deren Durchführung und ggf. deren Revision.

Ob das Ziel der Grünen, bis in drei Jahren eine gründliche Revision der Bachelorstudiengänge, hinzubekommen, erreichbar ist, steht zu bezweifeln. Aber immerhin nennt in der Politik endlich jemand die Missstände beim Namen und schickt sich an, etwas deswegen zu unternehmen. CDU und FDP seien herzlich eingeladen, nachzulegen!

[Lukas studiert Psychologie und engagiert sich seit 2006 für eine qualitative Studienreform, die die Studierenden, nicht die Lehrenden in den Mittelpunkt stellt. Er ist studentischer Gutachter in Akkreditierungsverfahren in verschiedenen europäischen Ländern und ist Mitglied des u-Referats für Qualitätssicherung und Studienreform im u-asta email: qssr@u-asta.de]

Lukas Bischof

Plan B(ologna) 2012

Die Grünen nehmen sich des Bachelors an

Symbol geworden für eine vermurkste Reform mit überladenen Studienplänen, Prüfungsmarathons und keiner Möglichkeit, ins Ausland zu gehen, ohne länger studieren zu müssen.

Die Verantwortung hierfür ist schwer zu finden und sobald man nachzubohren beginnt, spielen die Beteiligten schwarzer Peter: ProfessorInnen sehen die Schuld bei den Hochschulen, die Hochschulleitungen ärgern sich über lernresistente und widerspenstige ProfessorInnen und alle schimpfen auf die Politik, die viele Vorgaben macht, die Hochschulen bei der Umsetzung aber (nicht nur finanziell) alleine lässt. Leider helfen Schuldzuweisungen keinem der Beteiligten weiter und insbesondere die Studierenden in den Bachelorstudiengängen interessieren solche Erklärungen herzlich wenig. Denn eine Sache kann man gar nicht oft genug in Erinnerung rufen: Die Ziele und Absichten des Bologna-Prozesses (mit denen Masterplatzbeschränkungen, Prüfungsverkill und Studiengebühren nicht das geringste zu tun haben) sind

die Presse.

Der bundesweite Bildungsstreik letztes Jahr hat endlich auch die große Politik dazu motiviert, die Existenz von Problemen mit der Umsetzung der Studienreform erstmalig anzuerkennen. Theresia Bauer, hochschulpolitische Sprecherin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende: „Die Kritik am Bachelor ist wohlbegründet und sie muss ernst genommen werden. Wir müssen den Studierenden dankbar sein, dass dieses Probleme schön reden, wie es bis Mai gemacht wurde, beendet ist. Das ist die Errungenschaft derer, die für den Bildungsstreik auf die Straße gegangen sind.“ Eingeladen hat die grüne Landtagsfraktion nach eigenen Angaben auch, um die konstruktiven Kräfte unter den Studierenden zu ermutigen und deren Expertise in die Politik einzubinden. „Einen guten Bachelor bekommt man nur dann, wenn diejenigen, welche die Hauptbetroffenen sind, mitreden können. Es wurde bisher meist verpasst, mit den Studierenden zusammenzuarbeiten“.

Wie so oft war es anfangs schwierig, in der emotional aufgeladenen Diskussion Ziele und Umsetzung der Reformen auseinanderzuhalten. Gegner und Befürworter der Reform lieferten sich heftige Diskussionen. Letztlich einigten sich jedoch alle darauf, dass die Ziele zwar gut, die



Die Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft (VS) in Baden-Württemberg ist 32 Jahre her. In allen Bundesländern außer Bayern ist eine solche demokratische Selbstverwaltung der Studierenden vorhanden. Wie konnte es dazu kommen? Und viel wichtiger noch: Warum bleibt es bis heute dabei?

treten. Zunächst wurde eine Trennung von allgemeinpolitischem und rein hochschulpolitischem Mandat erwirkt. Die VS wurde zur Ländersache erklärt und schließlich ihre Existenz im Hochschulrahmengesetz 1976 nur noch als Kann-Bestimmung aufgenommen.

1977 sagte der damalige Ministerpräsident Filbinger: „Wenn es uns gelänge, mit dem RCDS, der Jungen Union oder der Schüler-Union die Ästen zu besetzen, wäre die Lage [bezüglich der Abschaffung der Verfassten Studierendenschaften] anders.“ Dieser Ausspruch ist zwar mittlerweile historisch gewor-

Die Macht der Gewohnheit

Die Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft

Die Demokratie ist die momentan beste Staatsform, soweit der Konsens der westlichen Welt. Man möchte sie sogar als ideelles Exportgut an andere Länder weitergeben. Es gibt freie und geheime Wahlen, bei denen wir Vertreter unserer politischen Interessen bestimmen können. Arbeitnehmer in der freien Wirtschaft wählen eine Betriebsrat, Beamte einen Personalrat, die ihnen trotz der hierarchischen Ordnung ihrer Arbeitsstelle eine offizielle Vertretung ihrer Interessen gewährleisten. Die offizielle Vertretung der Studierendenschaft, also aller Studenten einer Hochschule ist der AStA (Allgemeiner Studierendenausschuss).

Die VS wurde nach dem zweiten Weltkrieg als demokratische Selbstverwaltung der Studierenden eingeführt. Die Studierenden sollten demokratische Verfahrensweisen lernen und sich in der Folge aktiv für die Gesellschaft und die Demokratie engagieren. Dies ist ein guter Ansatz, denn eine demokratische Gesellschaft braucht Menschen, die aktiv nicht nur für sich selbst und die eigene Familie, sondern auch für das Leben der Gemeinschaft Verantwortung übernehmen. Wie kommt es also dazu, dass sich das Land Baden-Württemberg eine solche Basis selbst nimmt?

Zu Anfang war die Position der Studierendenvertretungen der Regierungspolitik oft sehr nahe. Dies änderte sich in den 1960er Jahren radikal. Die Stellungnahmen wurden zunehmend kritisch, wie beispielsweise in Fragen der Notstandsgesetze oder im Bezug auf den Vietnamkrieg. Es folgte eine Einschränkung der Kompetenzen der Studierendenver-

Die Abschaffung der VS war möglich und wurde in Baden-Württemberg unter Ministerpräsident Filbinger bereits im folgenden Jahr durchgeführt. Begründungen hierfür waren:

1. Durch die Organisation der VS als Zwangskörperschaft wird das Recht der Studenten auf freie Entfaltung, auf negative Meinungsfreiheit, sowie der Handlungsfreiheit des Einzelnen eingeschränkt.
2. Die VS stellen „einen Sumpf des Terrorismus“ dar, da sie oft von linksradikal orientierten Menschen besetzt und beeinflusst sind.
3. Die Wahlbeteiligung ist zu niedrig. Außerdem gehen zur Wahl hauptsächlich Linke, was das Wahlergebnis noch mehr verzerrt.
4. Die VS verschwenden und veruntreuen Gelder.

Seitdem ist es der offiziellen Vertretung der Studierenden, dem AStA, nur noch erlaubt sich öffentlich zu kulturellen, musischen und bedingt zu sozialen Fragen zu äußern. Das Problem ist einerseits historisch verwurzelt, da die studentischen Aktivitäten vor allem im Zusammenhang mit dem deutschen Herbst als Bedrohung wahrgenommen wurden. Weiter besteht im Hinblick auf die Organisation der Verfassten Studierendenschaft als Zwangskörperschaft noch berechtigter Diskussionsbedarf. Aus der historischen Perspektive ergibt sich jedoch keine zwingende Argumentation, warum die VS als demokratische Studierendenvertretung abgeschafft bleiben soll.

den, besitzt aber leider noch einiges an Aktualität. Denn es scheint, als ob die Landesregierungen ihr demokratisches Bewusstsein ignorierten und nun auf der Basis ihrer traditionell konservativen Prägung, Kontroversen im hochschulpolitischen Bereich aus dem Weg gingen: Sie erkennen die größte Mitgliedergruppe der Universitäten – uns, die Studenten – nicht als offiziellen Gesprächspartner an. Tatsächlich findet im Rahmen des rechtlich Möglichen eine Entdemokratisierung statt, die im Gegensatz zur öffentlichen Vermarktung der Demokratie als Grundwert unserer Gesellschaft steht.

Durch unsere schon strukturell passive Position als Studenten, wird eine aktive Beteiligung an politischen Themen, die uns konkret angehen, so gut wie unmöglich gemacht. Demokratische Verfahrensweisen, wie beispielsweise die Wahl des AStA werden durch dessen geringen Handlungsspielraum schon fast ins Lächerliche gezogen. Die Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft erscheint weniger begründet sondern mehr als ein historisches Relikt, an das man sich in der Landesregierung gewöhnt hat. Lasst uns also auch in Baden-Württemberg den längst überfälligen Schritt machen, die hochschulpolitisch mündigen Studierenden als aktive Teilnehmer an der Demokratie neu zu etablieren.

[Dies ist der zweite Artikel aus einer Serie zum Verbot der verfassten Studierendenschaft, welche in den kommenden Ausgaben fortgesetzt wird]

Judith Seiter

Was lange währt, wird endlich gut? Im u-bote #783 (S.10) wurde schon einmal über die geplante Umstellung der Studiengänge für das Lehramt an Gymnasien (Staatsexamen) berichtet, da wenige Wochen später die ersten Entwürfe der neuen Prüfungsordnung vom Ministerium veröffentlicht werden sollten. Das war im Juli 2008, tatsächlich kamen die Papiere aber erst Ende Januar 2009 bei den Unis an. Die hatten viel zu kritisieren, genauso wie die Studierenden, von denen aber leider nur eine kleine, ausgewählte Zahl den Entwurf überhaupt sehen durfte. Ihre Stellungnahme wurde auch lediglich als Anhang mitversendet und geantwortet wurde schon gar nicht darauf, weder vom Ministerium noch von der Universität. Ebenso wurde in den meisten der 19 am Lehramtstudium beteiligten Fachbereiche bis Ende Juli diesen Jahres Entwürfe für

behandelt werden sollen. Außerdem wurde der Anteil der Fachdidaktik leicht erhöht und das Schulpraxissemester muss bestanden werden. Wer also in der Schule beim ersten Ausprobieren als LehrerIn ungeeignet erscheint, wird nach dem zweiten nicht bestandenen Schulpraxissemester exmatrikuliert!

Da die ganze Reform, wie schon bei der Bachelor-/Master-Umstellung, „kostenneutral“ geschehen soll, wollte das Ministerium den Universitäten zunächst keine zusätzlichen Geldmittel zur Verfügung stellen. Nach lautem Protest fand man sich doch bereit, für die ersten drei Jahre 500.000 € und ungefähr sechs FD-Stellen für die neun Unis in Baden-Württemberg zur Verfügung zu stellen. Dass das viel zu wenig ist, braucht kaum erwähnt zu werden.

Hurra, Reform!

Studienverlaufspläne erarbeitet, die auf diesem Entwurf der Prüfungsordnung beruhen. Davon erfahren die meisten Fachschaften erst jetzt, das Rektorat nimmt aber an, dass diese Papiere „breit“ diskutiert wurden.

Doch was steht eigentlich in dieser neuen Gymnasiallehrerprüfungsordnung I (GymPO I)? Die Kernpunkte der Reform sind geblieben und unterscheiden sich wenig vom gefürchteten Bologna-Prozess: Modularisierung der Studieninhalte, ECTS-Punkte für jedes Modul, Orientierung der Inhalte an den Lernzielen (ungefähr zwei DIN-A4-Seiten pro Fach) und studienbegleitende Prüfungen, die bereits in die Endnote zählen. Es bleibt aber bei einem zehensemestrigem grundständigen Studiengang, der durch ein Staatsexamen abgeschlossen wird. Diese Abschlussprüfung besteht jedoch nur noch aus den mündlichen Prüfungen in den beiden Hauptfächern und der in allen Fächern vier Monate dauernden wissenschaftlichen Arbeit, weil die Staatsexamensnote zu 70% aus den Modulnoten besteht, die man während des Studiums erhält. Gänzlich neu sind ein Orientierungstest und -praktikum an einer Schule, die vor dem Beginn des Studiums absolviert werden müssen, sowie das Modul „Personale Kompetenzen“, in dem Themen wie „Sprechen und Stimme“, Teamarbeit oder Konfliktmanagement

Nicht nur deshalb bereitet die Umsetzung den Universitäten große Schwierigkeiten. Die Einschränkungen bei der Kombination der Hauptfächer wurde quasi aufgehoben, sodass die Studierbarkeit kaum noch gewährleistet werden kann. Die einzige Lösung, nämlich ein teures und aufwändiges Zeitfenstermodell wie zum Beispiel in Hamburg, werden wohl nur die wenigsten Unis einführen. Einzelne Fachbereiche haben bereits gedroht, aus der Lehrerausbildung ganz auszusteigen. Darauf warten vermutlich die Pädagogischen Hochschulen, denn sie suchen dringend nach neuen Aufgabenfeldern, weil sie teilweise nicht ausgelastet sind.

Wie die Übergangszeit, in der neue und alte Studiengänge noch parallel laufen, aussehen wird, ist noch ziemlich unklar. Der Vertrauensschutz gewährt zwar eine Übergangszeit von sechs Jahren. Doch was passiert, wenn eine Lehramtsstudentin, die gerade Biologie und Mathematik studiert, zum Wintersemester auf Biologie und Englisch umsteigen möchte? Kann sie das noch, wenn alle Erstsemester bereits nach der neuen Prüfungsordnung studieren? Trotz der Verzögerung im Ministerium soll sie schon im nächsten Wintersemester an allen Universitäten in Baden-Württemberg eingeführt werden. Na dann, viel Glück!

Martin Wegele

Kommentar

Die Umstellung auf Bachelor-/Master-Studiengänge ist noch nicht abgeschlossen, da denkt sich das Ministerium schon wieder etwas Neues aus. Oder ist diese Reform noch ein Teil des Bologna-Prozesses? Schwer zu sagen, weil der geplante Lehramtsstudiengang ein Zwitterwesen aus neu und alt ist. Die Leidtragenden werden die Studierenden sein, die als Versuchskaninchen ab dem WS 2010/11 die Universitäten bevölkern dürfen. Das wird u.a. die Folge der fehlenden Einbindung von Studierenden in den Reformprozess sein. Zwar enthält die Reform einige Punkte, die von Studierendenseite schon seit Jahren gefordert werden: Mehr Bezug zur Schulpraxis, genauere Bezifferung des Arbeitsaufwands, mehr Flexibilität bei den Fächerkombinationen. Gleichzeitig verpufft aber die Wirkung der Reform: Der Umfang der Erhöhung der Fachdidaktik-Anteile ist lächerlich, der Arbeitsaufwand in vielen Fächern wird sich durch die strikten Vorgaben vermutlich erhöhen und die erhöhte Anzahl von Fächerkombinationen bringt mehr Probleme als sie löst. Doch wie könnte eine Reform der Lehramtsstudiengänge gelingen? Was muss eine Ausbildung zum Gymnasiallehrer heutzutage leisten? Diese Fragen scheinen im Ministerium kaum eine Rolle gespielt zu haben. Schließlich werden diese LehrerInnen einmal unsere Kinder ausbilden. Eine solche Weitsicht scheint dort leider zu fehlen.

Das neu gegründete Referat Lehramt möchte genau zu diesen Themen arbeiten und überlegen, wie ein Lehramtsstudium in Zukunft aussehen sollte. Bisher ist es allerdings noch damit beschäftigt, die laufende Reform kritisch zu begleiten, die Fachschaften zu informieren und darauf zu achten, dass die alten Studiengänge durch die Einführung der neuen nicht völlig vergessen werden. Kommt also zu unserem nächsten Treffen am Montag, den 16.11.2009, von 14 bis 16 Uhr im Studierendenhaus und unterstützt uns dabei! Weitere Infos unter: <http://www.u-asta.uni-freiburg.de/engagement/referate/lehramt>.

Martin Wegele

Must-go's!

Mo, 16.11., 18 Uhr, Audidax: Vollversammlung aller Studierenden

Di, 17.11., 10 Uhr, Stadttheater: Bildungsstreikdemo

Mi, 18.11., 20 Uhr, HS 2006: aka-Filmclub „Tanz der Vampire“, Mit Einführung von Dr. Heinrich Schwendemann

Do, 19.11., 20:30 Uhr, Mensbar: Fête du Beaujolais - Live-Konzert mit „Parano“

Fr, 20.11., 20 Uhr, HS 2006: aka-Filmclub „Garage“

Sa, 21.11., 21:30 Uhr, Mensabar: Pink-Party. Die Party für Schwule, Lesben, Bis und deren Freunde

Di, 24.11., 20 Uhr, HS 2006: aka-Filmclub: Sturm (In Anwesenheit des Regisseurs Hans-Christian Schmid).

Fr, 27.11., 20 Uhr, HS 2006: aka-Filmclub „Milk“

Impressum

u-Bote #800, 12.11.2009 (35. Jahrgang),
16 Seiten, Auflage: 1000 Stück

Druck: Druckwerkstatt im Grün

Redaktion und Layout: Uwe Ehrhardt
(V.i.S.d.P.; stud.live), Carl-Leo von Hohenthal,
Anne Bickel (Rätzel), Kerstin Stucky, Johanna
Kammer, Dorothee Lürbke, Henning Lauten-
schläger, Isabelle Luhmann, Jonathan Dinkel,
Katharina Wurst.

V.i.S.d.P. für we are u: Lisa Oster, c/o AStA
Uni Freiburg

Kontakt: u-Bote, c/o AStA, Belfortstr. 24,
79085 Freiburg; Fon (0761) 203-2035; Fax
(0761) 203- 2034; presse@u-asta.de

Der u-Bote ist das offizielle Organ des unabhängigen allgemeinen studierendenausschusses (u-asta) der Uni Freiburg. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des u-asta wieder. Die Redaktion behält sich bei allen Manuskripten das Kürzen und den Zeitpunkt der Veröffentlichung vor.

Service & Termine

AStA (Studierendenhaus) Belfortstr.24 **mehr Infos: www.u-asta.de**

u-asta-Service (Telefon 203-2032, Fax -2034) – www.u-asta.de/service

Sekretariat info@u-asta.de

Wochentäglich 11-14 Uhr

Britta Philipp, Daniel Hausen, Lukas Bischler, Hermann J. Schmeh

Hier kann mensch sich zur Rechtsberatung anmelden und erhält auch so manchen Tipp. Außerdem kann mensch so einiges erstehen (z.B. Schwimmbadkarten, ISICs, Büromaterial, Fair-trade-Kaffee...)

Job-, Arbeitsrechts- und Praktikumsberatung: hib@u-asta.de

Mo, 12-14 Uhr

Oliver Dörl

BAföG-Beratung: bafoeg-beratung@u-asta.de

nach Vereinbarung

Anka Schnoor, Lennart Grumer, Tatjana Meder

AStA-Rechtsberatung:

Di, 11:30-13:30 Uhr

Bitte in der vorhergehenden Woche im Sekretariat anmelden!

Studiengebührenberatung: gebuehrenberatung@u-asta.de

Di, 11-14 Uhr; Do 11-14 Uhr

Thomas Seefried, Nino Katicic, Hauke Jensen

Konferenzen (Hieran kann jedeR Studierende teilnehmen und ist antrags- und redeberechtigt!) – www.u-asta.de/struktur

konf (Konferenz der u-asta Referate): vorstand@u-asta.de

Do, 18 Uhr

FSK (Fachschaftskonferenz): fsk@u-asta.de

Di, 18 Uhr

Vorstand: Maggie Jaglo, Lisa Oster, Lisa Schindler – vorstand@u-asta.de

Referate (JedeR Studierende ist aufgerufen, sich in den Referaten zu beteiligen!) – www.u-asta.de/engagement/referate

Finanz-Referat: Hermann J. Schmeh – finanzen@u-asta.de

nach Vereinbarung

FSK-Referat: Thomas Seyfried – fsk@u-asta.de

Di, 18 Uhr

Lehramt: Martin Wegele – kultur@u-asta.de

Mo, 14 Uhr

Ideologiekritik: Nihat Özkaya – ideologiekritik@u-asta.de

Di, 20 Uhr

Presse-Referat (u-Bote): Uwe Ehrhardt – presse@u-asta.de

Do, 12 Uhr

PR-Referat: Florian Lehnerer, Jonathan Nowak – pr@u-asta.de

Mi, 14:00 Uhr

Frauenreferat: Henrike Hepprich – frauen@u-asta.de

Di, 19 Uhr

Schwulesbi-Referat: Daniel Hausen – schwulesbi@u-asta.de

Mo, 19 Uhr

Umweltreferat: Flora Hoffmann – umwelt@u-asta.de

Mi, 20 Uhr

Qualitätssicherung und Studienreform: Jan Vogt – qualitaet@u-asta.de

Do, 20:00 Uhr

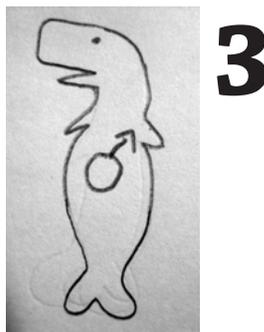
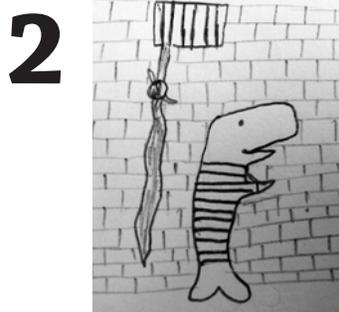
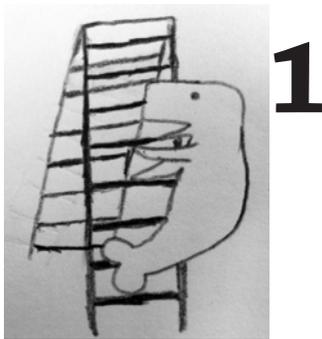
Obacht!

Im Universitätszentrum gehen Gerüchte umher. Laut anonymen Quellen habe ein Mitglied der Fachschaft VWL im „RnB“ herumposaunt, seine Fachschaft habe einer in Finanznot geratenen Fachschaft eine große Menge Geld zum Vorteilspreis geliehen, um deren Pleite abzuwenden. Um welche Fachschaft es sich hierbei handelt, ist noch nicht ganz deutlich, aber einem stud.live vorliegendem Insiderpapier zufolge, ist eine offene Milchrechnung Ursache des Ganzen.

Bericht unseres Anlageexperten

Wir machten Nachforschungen, um der Sache auf dem Grund zu gehen. Unser erstes Gefühl führte uns zur Fachschaft Germanistik. Doch dort will man von einer Pleite nichts wissen. „Ganz im Gegenteil“, so ein Fachschaftsmitglied „wir haben die solidesten Finanzen seit Jahren“. Nach dieser ersten Absage begaben wir uns ins KG II. Womöglich haben unsere netten Jura-Kommilitonen geschafft, ihr ganzes Geld zu verzocken. Beim Termin im Fachschaftsraum trat uns ein großgewachsenes, breitschultriges Fachschaftsmitglied entgegen. „Also Kleiner, dann spitz mal die Ohren: Erstens sind wir eine sehr reiche Fachschaft. Zweitens: Sollten es bei uns mal zu einem temporären finanziellen Engpass kommen, dann ist die Firma meines Vaters so großzügig uns auszuhelpen. Drittens: Wag es auch nur ein Wörtchen über unsere Pleite zu schreiben und du wirst den Rest deines Lebens nur noch Flüssignahrung zu dir nehmen.“ Nach diesem Generalanschiss flüsterte uns eine innere Stimme zu, doch mal im KG IV nachzuforschen. Die Eltern eines durchschnittlichen Geisteswissenschaftlers sollten nicht über das nötige Kleingeld zum sponsern einer Fachschaft verfügen. Doch soviel wir auch nachfragten, niemand konnte uns Auskunft geben. Wir wollten gerade das Gebäude verlassen, da flüsterte uns eine Person, die unerkannt zu bleiben wünscht, zu „Geht es um die Fachschaftspleite? Dann komm mal mit“. Wir wurden zu zwei Dutzend Schließfächern geführt, welche randvoll mit abgelaufener Milch befüllt waren. „Mehr sage ich nicht dazu“ sprach die Person und verließ uns.

u(wes) asta



Rätselhaftes

Von drauß´ von der Ersti-Hütte kommen wir her...gestern noch durch tiefsten Schnee gewandert, müssen wir euch sagen: Es wird Winter. Deshalb präsentieren wir euch hiermit zum letzten Mal das allseits beliebte Walrätsel, denn die Wale schwimmen in die Winterpause. Also strengt euch an, denn wer des Rätsels Lösung weiß, erhält ein Winter-Care-Paket. Gesucht werden erneut die Begriffe, die sich hinter den Walzeichnungen verbergen. Wenn ihr die Lösungen wisst, so schickt sie bitte bis zum 19.11. an

stud.live@u-asta.de

Die Lösungen der letzten Ausgabe lauteten:

1. Wa(h)lakt 2. Wa(h)lurne
3. Wa(h)llokal..... 4. Wa(h)l-o-mat



Schnappschuss

ER
UND VERANSTALTUNGSZEITUNG

THEATER KUNST
KULTOUR MUSIK
REISEN BILDUNG
...und mehr

ENDER | DIE MEDIADATEN | ANZEIGENAUFTRAG | ZUM ARCHIV | IHRE MEINUNG ZÄHLT | IMPRESSUM & KONTAKT

Nicht gefunden

Das, wonach du gesucht hast, gibt es nicht.

studiengebühren

Was macht eigentlich unsere Konkurrenz? Gibt man auf der Webseite des „Kulturjoker“ den Begriff „Studiengebühren“ ein, so erhält man das schöne Ergebnis, dass es diese nicht gibt. Wunderschön könnte man sich denken. Für Zukunft wünschen wir uns, dass sich das Uni-Magazin hieran ein Vorbild nimmt. Nach Vorbild der „Prawda“ könnte sie zur damnatio memoriae schreiten und die Studiengebühren kurzerhand durch Totschweigen abschaffen.